

**Ergebnisprotokoll
der 29. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie vom 09.01.2014**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.45 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Jägers
Herr Liess in Vertretung für Frau
Metschies
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Frau Neumeyer in Vertretung für Herrn
Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünneemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Herr Schobeß
Frau Köhnlein
Frau Kamp
Herr Musiol
Herr Polzin
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Babbel
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV

III Gäste

Herr Janßen
Herr Kück
Herr Oertel

Magistrat Bremerhaven
DEGES
Naturschutzbeirat

IV Gastdeputierte

Frau Kennard
Herr Saxe
Herr Werner

SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 29. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Zurückgezogen wird TOP 5 a Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für das Wasserwerk Blumenthal der swb Netze Bremen GmbH & Co KG

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 3	Abwasserabgabe (AbwAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG) Bericht über die geplante Mittelverwendung 2014 -3-	Vorlage 18/322
-------	--	-------------------

Herr Hamann spricht eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2009 oder 2010 an. Darin wird das Projekt PFAU kritisch hinterfragt. Er bittet um einen schriftlichen Bericht über dieses Projekt und Prüfung, ob die damaligen Kritikpunkte des Landesrechnungshofs bereinigt seien.

Herr Imhoff bittet um Erläuterung der Personalausgaben von 0,99 Mio €. Diese erschienen vor dem Hintergrund der Zweckbindung der Mittel sehr hoch.

Frau Kamp berichtet, dass der Rechnungshof bereits 2007 Kritik an der damaligen Ausgestaltung des PFAU- Programms geübt habe. Die Fragen seien damals in einem Bericht für den Rechnungsprüfungsausschuss abgearbeitet worden und infolgedessen habe es seitens der wfb Änderungen in der Abwicklung des Programms gegeben, insbesondere die Art der Zuwendung betreffend. Dies könne detailliert in den gewünschten Bericht aufgenommen werden.

Herr Babbel ergänzt, dass das Ressort 2007 aufgefordert worden sei, zum Bericht des Landesrechnungshofes Stellung zu nehmen. Ein Punkt sei gewesen, von Zuschussgewährung auf Darlehensgewährung umzustellen. Die Stellungnahme sei damals im Rechnungsprüfungsausschuss befasst worden. Weitere Einzelheiten werden im schriftlichen Bericht folgen.

Herr Musiol erklärt, dass die Personalkosten als Position bei der Abwasserabgabe mit dem Aufbau der Umweltverwaltung Mitte der 1970er Jahre zusammenhänge. Damals sei erstmals ein Wasserreferat eingerichtet worden. Die Kosten dafür konnten aus Haushaltsgründen nicht im Kernhaushalt getragen werden. So wurde entschieden, diese zweckgebundenen Personalkosten aus der Abwasserabgabe zu bezahlen.

Auf Nachfrage von **Herrn Hipp** ergänzt er, dass dies anfangs von den zuständigen Senatorinnen und Senatoren entschieden worden sei. Später sei die Mittelverwendung durch eine Gesetzesänderung in die Entscheidung der Deputation gelegt worden.

Herr Jägers möchte wissen, ob unter den Maßnahmen auch Bremerhavener Projekte seien.

Herr Musiol bejaht dies.

Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** berichtet er, dass derzeit etwa 16 Vollzeitstellen aus der Abwasserabgabe bezahlt würden. Diese beschäftigten sich nicht alle mit dem Vollzug des Abwasserabgabengesetzes, seien aber für die Gewässergüte tätig. Dies entspreche der Zweckbindung der Abwasserabgabe.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Verwendung der Mittel aus der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr für das Jahr 2014 zur Kenntnis und stimmt dem Ausgabenplan 2014 einschließlich der geplanten Rücklagenentnahme bei der Abwasserabgabe in Höhe von 3,9 Mio. € und bei der Wasserentnahmegebühr in Höhe von 4,6 Mio. € zu.

einstimmig

TOP 4	Bremer essen regional -71-	Vorlage 18/339
-------	--------------------------------------	-------------------

Herr Imhoff erklärt, dass die Feststellung Auf S. 5, erster Satz im letzten Absatz: „Eine Projektinitiative allein durch Bremen erscheint nicht sinnvoll“ so nicht mitgetragen werden könne. Er schlägt vor, diesen Satz zu streichen.

Herr Saffe unterstützt dies. Ergänzend bittet er darum, die weitere Aussage des Absatzes umzukehren. Eben weil die Verbraucher hier relevant seien, sei nicht eine Initiative aus der Region angezeigt, sondern gerade aus diesem Grund sollte die Initiative von Bremen ausgehen.

Auch **Herr Jägers** teilt diesen Ansatz. Es sei zwar klar, dass die Produkte aus Niedersachsen kommen, aber in Bremen und Bremerhaven sitze eine geballte Menge an Verbrauchern.

Herr Staatsrat Golasowski schlägt vor, den Satz „Eine Projektinitiative allein durch Bremen erscheint nicht sinnvoll“ zu ersetzen durch „Eine Projektinitiative durch Bremen sollte auch in die Region hineinwirken.“

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stellt fest, dass die Durchführung einer Kampagne nur ressortübergreifend erfolgen kann. Da die Vermittlung von Vorteilen regionaler Lebensmittel sowie die Unterstützung Bremer Lebensmittelproduzenten nicht im Zuständigkeitsbereich des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr liegt, fordert die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, den Senat zu bitten, den zugrunde liegenden Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) vom 17.4.2013 zur Drs. 18/800 zur Bearbeitung an den zuständigen Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu überweisen und den Bericht der Deputation für Wirtschaft und Häfen (L) und der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) zur Kenntnisnahme vorzulegen.

einstimmig

TOP 5	Berichte der Verwaltung	
TOP 5a)	Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für das Wasserwerk Blumenthal der swb Netze Bremen GmbH & Co KG - 34 -	BdV schriftlich

- ausgesetzt -

TOP 5b)	Sachstandsbericht Sanierung der BAB A 270 -5-	BdV schriftlich	L/S
---------	--	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 5c)	A 281 - Bauabschnitt 2/2 zügig und anwohnerverträglich realisieren Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis '90/Die Grünen und DIE LINKE vom 16.10.2012 -5-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Herr Kück erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

PPP wird den Deputierten per email zur Verfügung gestellt werden.

Herr Saxe stellt klar, dass die B6n, wie auch von Herrn Kück dargestellt, nur in der Bremer Vorzugsvariante geführt werden dürfe. Die Maßnahme Tempo 30 nachts in der Kattenturmer Heerstraße sei sehr effektiv, noch bessere Werte würden in Verbindung mit dem OPA Belag auf der A 1 erzielt werden können.

Herr Jägers möchte wissen, wie viel offenporiger Asphalt (OPA) kosten werde. Er gibt zu bedenken, ob es wirklich zielführend sei, die A 1 dafür über längere Zeit in eine Baustelle zu verwandeln. Staus seien laut und umweltbelastend. Hier seien Kosten und Nutzen abzuwägen.

Herr Hamann fragt nach der Haltbarkeit von OPA Belag gegenüber normalem Asphalt.

Herr Polzin führt aus, dass unter der sehr offenen Fragestellung der Bürgerschaft ein breites Spektrum an Maßnahmen betrachtet worden sei, um zu zeigen, was möglich sei und was nicht. Ein rechtlicher Anspruch bestehe nur für sehr wenige Bereiche.

Es sei berechnet worden, welche Effekte durch eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Vergleich mit offenporigem Asphalt erreicht werden könnten. Im Ergebnis ließen sich durch OPA deutlich höhere Verbesserungen der Lärmwerte erreichen. Es gehe grundsätzlich um freiwilligen Lärmschutz. Ein Rechtsanspruch bestehe nicht. An der A1 werde auch in Zukunft immer wieder gebaut werden müssen, aktuell stehe die Sanierung der Weserbrücke an. Im Rahmen von anstehenden Sanierungen müsse man beim Bund als Baulastträger der Bundesfernstraßen dafür werben, freiwillig den Einsatz von OPA als Maßnahme der Lärmsanierung zu finanzieren.

Für die Kattenturmer Heerstraße sei Tempo 30 nachts eine sehr effektive Maßnahme.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6	Verschiedenes	
--------------	----------------------	--

Keine Themen.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 29. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll